



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"

Kurzprotokoll der 1. Sitzung

Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"

Berlin, 12. März 2014, 17:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: E.600

- öffentliche Sitzung -

Vorsitz: Paul Lehrieder, MdB

Willi Brase, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 5

Konstituierung des Unterausschusses sowie Bestimmung des Vorsitzes und des stellvertretenden Vorsitzes

Tagesordnungspunkt 2

Seite 9

Verschiedenes

**Anwesenheitsliste*****Mitglieder des Unterausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Pahlmann, Ingrid Pantel, Sylvia Patzelt, Martin Steiniger, Johannes Stier, Dieter Wellenreuther, Ingo Zollner, Gudrun	Irlstorfer, Erich Koob, Markus Schiewerling, Karl Steffel, Dr. Frank Stefinger, Dr. Wolfgang Strenz, Karin Wendt, Marian
SPD	Bahr, Ulrike Brase, Willi Diaby, Dr. Karamba Stadler, Svenja	Engelmeier-Heite, Michaela Junge, Frank Rix, Sönke Schlegel, Dr. Dorothee
DIE LINKE.	Hein, Dr. Rosemarie	Werner, Katrin
BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN	Schulz-Asche, Kordula	Schauws, Ulle

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.



Anwesenheitsliste*

Fraktionsmitarbeiter

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.



Anwesenheitsliste*

Bundesregierung

Bundesrat

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigefügt.



Tagesordnungspunkt 1

Konstituierung des Unterausschusses sowie Bestimmung des Vorsitzes und des stellvertretenden Vorsitzes

Der **Vorsitzende** des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Abg. **Paul Lehrieder**, eröffnet die konstituierende Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ in der 18. Wahlperiode und begrüßt hierzu die ordentlichen und stellvertretenden Unterausschussmitglieder. Er freue sich, die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, begrüßen zu können, deren Anwesenheit bei der Konstituierung die Bedeutung unterstreiche, die das Bundesfamilienministerium dem Thema „Engagementpolitik“ beimesse. Darüber hinaus heiße er auch die Vertreter von Presse und zivilgesellschaftlichen Organisationen herzlich willkommen, über deren Interesse an der Arbeit des Unterausschusses er sich besonders freue.

Bevor er zur Bestimmung des Vorsitzes komme, wolle er einige einleitende Sätze vorausschicken. Bürgerschaftliches Engagement habe seit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ im Jahr 1999 von Seiten der Politik eine deutlich höhere Aufmerksamkeit erfahren. Dies zeige sich nicht zuletzt daran, dass der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Unterausschuss nunmehr bereits zum vierten Mal eingesetzt habe. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland engagierten sich erfreulicherweise in erheblichem Umfang freiwillig und unentgeltlich für gesellschaftliche Belange, z. B. bei den Freiwilligen Feuerwehren, bei den Maltesern, bei den Johannitern, beim Deutschen Roten Kreuz, in sozialen Einrichtungen, in Sportvereinen und in vielen anderen Organisationen. In Sonntagsreden werde oft vom ehrenamtlichen Engagement als „Kitt in der Gesellschaft“ oder als „Mörtel im Gefüge des Gemeinwesens“ gesprochen und dies sei auch durchaus zutreffend. Genau darum, dass dieser Kitt vorhanden und der Mörtel immer wieder nachgeputzt werde, kümmere sich im wohlverstandenen Sinne auch der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“.

Im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend habe fraktionsübergreifendes Einverneh-

men darüber bestanden, dass es zur Förderung engagementfreundlicher Rahmenbedingungen auch weiterhin eines eigenen Gremiums bedürfe. Denn dem Unterausschuss sei es mit seinen Aktivitäten seit 2003 gelungen, Fragen des bürgerschaftlichen Engagements stärker im parlamentarischen Entscheidungsprozess zu verankern. Eine erneute Einsetzung sei auch deshalb folgerichtig, weil es - trotz einer stabil hohen Engagementquote - weiterhin vielfältige Herausforderungen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements gebe, wie der dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom Unterausschuss im Mai 2013 vorgelegte Bericht über die Arbeit in der 17. Wahlperiode hervorgehoben habe. Darin seien exemplarisch der weitere Bürokratieabbau im Zuwendungs- und Gemeinnützigkeitsrecht, die Auswirkung des demografischen Wandels auf Vereine, die Nutzung des vorhandenen Engagementpotenzials gerade älterer Menschen sowie die stärkere interkulturelle Öffnung von zivilgesellschaftlichen Organisationen genannt.

Darüber hinaus wolle er auf ein aktuelles Thema hinweisen, auf das er in den vergangenen Wochen und Monaten vielfach angesprochen worden sei. Dies betreffe die Frage der Umsetzung der durch das Bundeskinderschutzgesetz eingeführten Pflicht zur Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses für Ehrenamtliche, die Kinder oder Jugendliche beaufsichtigten, betreuten, erzögen oder ausbildeten. Der hinter der Einführung stehende Gedanke des Kinderschutzes sei selbstverständlich vollkommen berechtigt, führe in der bisherigen Umsetzung allerdings zu einer Reihe von Problemen mit dem Datenschutz und zu mehr Bürokratie in den Vereinen, die die Lust an einem Engagement erschwerten. Man sollte daher prüfen, inwieweit man die unbestrittene Zielsetzung des Kinder- und Jugendschutzes mit pragmatischeren Regelungen für die Vereine in der Praxis verbinden könne. Er würde es sehr begrüßen, wenn der Unterausschuss dieses Thema in einer seiner nächsten Sitzungen aufgreifen würde.

Vor dem Hintergrund seiner bisherigen Ausführungen sei er sich sicher, dass es den Unterausschussmitgliedern auch in dieser Wahlperiode nicht an Beratungsthemen fehlen werde. Er wünsche den Mitgliedern viel Erfolg bei ihrer Arbeit im Sinne aller bürgerschaftlich Engagierten im Lande.



Ehe er zur Bestimmung des Vorsitzes komme, wolle er auf einige formale Punkte hinweisen. Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend habe in seiner 3. Sitzung am 12. Februar 2014 gemäß § 55 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages einstimmig beschlossen, diesen Unterausschuss, bestehend aus 13 Mitgliedern, für die Dauer der 18. Wahlperiode einzusetzen.

Die Beratungen seien grundsätzlich nicht öffentlich, es sei denn, der Unterausschuss beschließe für bestimmte Verhandlungsgegenstände oder Teile von Verhandlungsgegenständen die Öffentlichkeit zuzulassen, wie er es in der vergangenen Legislaturperiode des Öfteren getan habe. Unabhängig davon, ob der Unterausschuss nichtöffentlich oder öffentlich tagte, seien die verfassungsrechtlich gewährten Teilnahme- und Rederechte zu beachten.

Er vermute, dass der Unterausschuss wenig bzw. gar nichts mit Geheimschutz zu tun haben werde. Sollte es aber doch einmal der Fall sein, so seien die Vorschriften der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages gemäß Anlage 3 der Geschäftsordnung zu beachten.

Um die Arbeit des Unterausschusses zu unterstützen, habe die Verwaltung des Deutschen Bundestages ein Sekretariat eingerichtet. Für alle organisatorischen und inhaltlichen Fragen stünden – wie bereits in der letzten Legislaturperiode – Herr Potocki als Referent und Frau Hempel als Sekretärin zur Verfügung.

Von den Fraktionen seien die Mitglieder für den Unterausschuss benannt worden, deren Namen der ausgelegten Mitgliederliste zu entnehmen seien. Er stelle fest, dass von den benannten Mitgliedern so viele anwesend seien, dass der Unterausschuss beschlussfähig sei und die Bestimmung des Vorsitzes vorgenommen werden könne. Aufgrund einer interfraktionellen Vereinbarung stelle die Fraktion der SPD den Vorsitz. Er bitte um einen Vorschlag für die Bestimmung des Vorsitzes.

Abg. **Svenja Stadler** (SPD) erklärt, die Fraktion der SPD schlage den Abgeordneten Willi Brase als Vorsitzenden vor.

Der **Vorsitzende** des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Abg. **Paul Lehrieder**, stellt fest, dass der Abgeordnete Willi Brase für den Vorsitz vorgeschlagen sei und dass es hiergegen im Unterausschuss keinen Widerspruch gebe. Er frage daher den Abgeordneten Brase, ob er bereit sei, das Amt des Vorsitzenden des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ zu übernehmen.

Abg. **Willi Brase** (SPD) erklärt, er sei bereit, das Amt zu übernehmen.

Der **Vorsitzende** des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Abg. **Paul Lehrieder**, stellt fest, dass der Abgeordnete Willi Brase zum Vorsitzenden bestimmt und der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ in der 18. Wahlperiode damit konstituiert sei. Er spreche dem Kollegen Brase seine Glückwünsche aus und wünsche den Unterausschussmitgliedern eine sachorientierte, vertrauensvolle und erfolgreiche Arbeit. Er übergibt sodann den Vorsitz an den Abgeordneten Brase.

- Abg. Willi Brase übernimmt den Vorsitz -

Der **Vorsitzende** des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“, Abg. **Willi Brase**, bedankt sich beim Vorsitzenden des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Konstituierung des Unterausschusses und für dessen gute Wünsche zur Amtsübergabe. Er bedanke sich auch bei den Mitgliedern des Unterausschusses für das ihm entgegengebrachte Vertrauen, das für die Übernahme eines solchen Amtes wichtig sei.

Er wolle nun zur Bestimmung des stellvertretenden Vorsitzes kommen. Aufgrund einer interfraktionellen Vereinbarung stelle die Fraktion der CDU/CSU den stellvertretenden Vorsitz. Er bitte um einen Vorschlag für die Bestimmung des stellvertretenden Vorsitzes.

Abg. **Sylvia Pantel** (CDU/CSU) erklärt, die Fraktion der CDU/CSU schlage die Abgeordnete Ingrid Pahlmann als stellvertretende Vorsitzende vor.



Der **Vorsitzende** des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“, Abg. **Willi Brase**, stellt fest, dass die Abgeordnete Ingrid Pahlmann als stellvertretende Vorsitzende vorgeschlagen sei und dass es hiergegen im Unterausschuss keinen Widerspruch gebe. Er frage daher die Abgeordnete Pahlmann, ob sie bereit sei, das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ zu übernehmen.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU) erklärt, sie sei sehr gerne bereit, den stellvertretenden Vorsitz zu übernehmen.

Der **Vorsitzende** des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“, Abg. **Willi Brase**, stellt das Einverständnis der Mitglieder fest, dass die Abgeordnete Ingrid Pahlmann zur stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses bestimmt sei. Er gratuliere der Abgeordneten Pahlmann zu diesem Amt und freue sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Bevor er Frau Bundesministerin Schwesig die Gelegenheit geben wolle, einige Worte zur Konstituierung an die Unterausschussmitglieder zu richten, wolle er selbst einige kurze Anmerkungen machen. Seitdem die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ vor mehr als zehn Jahren ihren Abschlussbericht vorgelegt habe, habe sich Engagementpolitik zu einem eigenen politischen Handlungsfeld entwickelt, wie der Kollege Lehrieder bereits ausgeführt habe. So habe die Bundesregierung – aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages – in der letzten Wahlperiode erstmals einen Engagementbericht vorgelegt. Auch bei den Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement habe es seit 2003 erhebliche Verbesserungen gegeben, an denen der Unterausschuss mitgewirkt habe. Er denke an die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes oder an das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes in der letzten Legislaturperiode. Neben den vom Kollegen Lehrieder schon erwähnten Herausforderungen, die in dem sehr lesenswerten Bericht über die Arbeit des Unterausschusses in der 17. Wahlperiode genannt worden seien, gäben der Einsetzungsantrag sowie der Koalitionsvertrag dem Unterausschuss eine Reihe von weiteren Aufgaben mit auf den Weg. Dazu gehörten z. B. die Stärkung der Anerkennungskultur und die Wei-

terentwicklung der Freiwilligendienste. Darüber hinaus werde es im Laufe der Wahlperiode mit Sicherheit noch weitere Themen geben, mit denen man sich zu beschäftigen haben werde.

Sein Ziel sei es, und er hoffe dabei auf die Unterstützung aller Fraktionen, dass der Unterausschuss möglichst transparent arbeite und wie bisher – wo immer möglich – in öffentlicher Sitzung tage. Das werde man unter den Obleuten besprechen und eine Festlegung treffen. Nun wolle er jedoch Frau Bundesministerin Schwesig das Wort für ein Statement zur Konstituierung des Unterausschusses erteilen.

Bundesministerin **Manuela Schwesig** (BMFSFJ) beglückwünscht den Abgeordneten Willi Brase zur Übernahme des Vorsitzes. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit mit dem Unterausschuss, dessen erneute Einsetzung sie für eine sehr kluge parlamentarische Entscheidung halte. Denn das Engagement der Menschen in Deutschland sei so groß, dass es gerechtfertigt erscheine, sich mit allen damit zusammenhängenden Fragen auch weiterhin in einem eigenen Gremium zu beschäftigen. Herr Unterabteilungsleiter Christoph Linzbach werde – wie schon in der Vergangenheit – die Arbeit des Unterausschusses für das Ministerium begleiten und stehe für Fragen und Anregungen der Mitglieder zur Verfügung.

Allen Mitgliedern des Unterausschusses seien aus ihren Regionen und Wahlkreisen die unterschiedlichsten Ausprägungen des ehrenamtlichen Engagements bekannt. Sie begegneten dabei sicherlich auch einer außerordentlich hohen Bereitschaft seitens der Engagierten, die wertvolle Ressource „Zeit“ für andere in den unterschiedlichsten Bereichen einzubringen. Aus ihrer Sicht gebe es zwei große Herausforderungen im Engagementbereich: Zum einen gehe es vor dem Hintergrund des demografischen Wandels darum, dass sich die Ehrenamtskultur im Land so weiterentwickle, dass sich weiterhin genügend Ehrenamtliche fänden. Die diesbezüglichen Rückmeldungen aus den Vereinen und Verbänden seien ganz unterschiedlich. Die Deutsche Sportjugend verzeichne beispielsweise – trotz abnehmender Zahl von Kindern und Jugendlichen – immer noch Zuwächse, während andere Ehrenamtsbereiche schon über Nachwuchssorgen klagten, z. B. bei der Besetzung von



Schatzmeisterposten. Die zweite Herausforderung bestehe darin, dass sich das Ehrenamt immer in einem gewissen Spannungsfeld bewege. Einerseits benötige man das Engagement, weil ansonsten eine solidarische Gesellschaft nicht funktionieren würde. Andererseits bestehe die Gefahr, dass dort, wo sich viele Ehrenamtliche engagierten, hauptamtliche Kräfte eingespart würden und sich der Staat zumindest teilweise aus der Verantwortung zurückziehe. Es sei daher wichtig, sich für das Ehrenamt stark zu machen, zugleich aber auch klar zu sagen, dass das Ehrenamt kein Ersatz für eine staatliche Aufgabenerledigung sei.

Insgesamt gebe es drei Themenfelder, die das Ministerium in der nächsten Zeit vor allem bewegen: Erstens gehe es darum, wie vor dem Hintergrund der finanziellen Handlungsspielräume eine Verstärkung der inzwischen gut etablierten Mehrgenerationenhäuser gelingen könne. Zweitens gehe es um die weitere Sicherung des Bundesfreiwilligendienstes und der weiteren Freiwilligendienste. Drittens wolle man unter dem auch im Koalitionsvertrag genannten Stichwort „Anerkennungskultur“ den Deutschen Engagementpreis weiter als *den* Preis für das Ehrenamt etablieren.

Abschließend wolle sie kurz von einer aktuellen Begegnung bei einem Besuch eines Bildungszentrums für Jugendfreiwilligendienstleistende mit dem Bundespräsidenten berichten. Dort sei die Frage thematisiert worden, was junge Menschen überhaupt dazu veranlasse, einen Freiwilligendienst zu absolvieren. Denn oft stünden diese heute unter doppeltem Erwartungsdruck – einerseits von den Eltern, andererseits von der händelringend nach Fachkräften suchenden Wirtschaft –, sich nach der Schule möglichst schnell für eine Ausbildung oder für ein Studium zu entscheiden. Trotzdem halte sie den Freiwilligendienst als Orientierungsphase für wichtig, weil er jungen Menschen Berufsfelder gerade auch im sozialen Bereich, z. B. in der Pflege, eröffnen könne, die nicht unbedingt von vornherein auf der Top-Ten-Liste von Schulabgängern stünden.

Bei der Diskussion habe ein junger Mann erklärt, dass er in der Schule ziemlich orientierungslos gewesen sei und eine Menge Probleme gehabt habe. Er habe sich dann wegen eines Kumpels für einen Freiwilligendienst entschieden und habe

diesen in einer Kita absolviert. Dies habe ihm einen erheblichen Schub für seine persönliche Entwicklung gegeben. Er habe den Freiwilligendienst dazu genutzt, sich selbst zu hinterfragen und darüber nachzudenken, ob er seinen bisherigen „Schlendrian“ beibehalten oder ob er ein konkretes Ziel im Leben verfolgen wolle. Im Rahmen seines Freiwilligendienstes habe er, offenbar zum ersten Mal, die motivierende Botschaft von anderen Menschen erhalten, dass er etwas könne.

Dieses beeindruckende Beispiel habe ihr noch einmal gezeigt, welch wertvolle persönliche Orientierungsphase der Freiwilligendienst für viele junge Leute sein könne und welche wichtige Rolle er auch für deren Ausbildungsentscheidung spielen könne. Zudem zeige sich daran, dass freiwilliges Engagement nicht nur für die Gesellschaft gut sei, sondern auch für den Einzelnen, der durch sein Engagement etwas Positives zurückbekomme. Sie hoffe daher, dass es in den nächsten Jahren gemeinsam gelingen werde, viel für das Ehrenamt zu tun und die Engagementstrukturen weiter zu stärken. Sie freue sich dabei auf die Zusammenarbeit mit dem Unterausschuss.

Der **Vorsitzende** des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“, Abg. **Willi Brase**, dankt der Ministerin für ihre Ausführungen zur Einsetzung des Unterausschusses. Auch er freue sich auf eine enge und konstruktive Zusammenarbeit mit dem für Engagementfragen federführenden BMFSFJ.

Angesichts der bereits skizzierten vielfältigen Aufgaben, die auf den Unterausschuss warteten, schlage er vor, am 2. April 2014 die erste inhaltliche Sitzung durchzuführen. Er halte es für sinnvoll, sich in dieser Sitzung zunächst vom BMFSFJ über dessen Pläne und Vorhaben im Bereich der Engagementpolitik informieren zu lassen. Darüber hinaus rege er an, vor dieser Sitzung ein erstes Obleutegespräch durchzuführen, um diese Sitzung vorzubereiten und die weitere Arbeitsplanung zu besprechen.

Er wolle auch noch kurz auf den Hinweis des Kollegen Lehrieder eingehen. Er sei gestern zusammen mit dem Kollegen Stier bei der Deutschen Landjugend gewesen, wo auch noch einmal deutlich geworden sei, dass es beim erweiterten Füh-



rungszeugnis für Ehrenamtliche Probleme mit der Bürokratie gebe, die nicht gering zu schätzen seien. Er habe dem Bericht des Unterausschusses über die Arbeit in der 17. Legislaturperiode entnommen, dass das Thema auch schon vor der Verabschiedung des Bundeskinderschutzgesetzes im Unterausschuss intensiv diskutiert worden sei. Es gehe dabei, das wolle er ausdrücklich betonen, nicht darum, das Instrument als solches in Frage zu stellen, das nötig sei, wo Kinder und Jugendliche betreut, beaufsichtigt oder ausgebildet wür-

den. Gleichwohl sollte man sich – auch aus seiner Sicht – die praktische Umsetzung noch einmal genauer anschauen und könnte zu solch einer Sitzung die Dachorganisationen der Jugendverbände einladen.

Tagesordnungspunkt 2

Verschiedenes

Zum Punkt „Verschiedenes“ gibt es keine Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung: 17:24 Uhr

Paul Lehrieder, MdB
Vorsitzender
**Ausschuss für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend**

Willi Brase, MdB
Vorsitzender
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“